

## **Nach Koalitionschaos jetzt Reformchaos und Wortbruch in Reinkultur**

- Keine Reform - sondern Kapitulation vor dem Chaos in der schwarz-gelben Koalition
- Nicht mehr Netto vom Brutto - sondern weniger Netto vom Brutto
- Kein Sozialausgleich - sondern Almosen mit der Gießkanne
- Nicht mehr Solidarität sondern weniger Solidarität
- Nicht weniger Bürokratie sondern mehr Bürokratie
- Nicht Ausgabenkürzungen bei allen Leistungserbringern sondern Klientelpolitik vom Feinsten

Kurzum: Ihre sog. Reform ist Wortbruch in Reinkultur!

Wer dazu fähig ist - sollte auch fähig sein, die Konsequenzen zu ziehen.

Zurücktreten müssen alle, wenn sie sich an ihren eigenen Worten messen lassen.

Sie Herr Rösler genauso wie Herr Seehofer in Bayern!

**Versprochen war:**

**Mehr Netto vom Brutto - das Gegenteil ist der Fall.**

**Rösler „Die Versicherten werden keine höheren Beiträge zahlen“ <Hamburger Abendblatt 24-10-2009“**

Versicherte müssen in Zukunft mindestens 2,3 % mehr zahlen als bisher, bei Kassen, die viele Kranke versichert haben - wahrscheinlich noch mehr.

**Versprochen war:**

**Die 1%-Grenze beim Zusatzbeitrag bleibt.**

Jetzt entfällt sie ganz und jedes GKV-Mitglied muss nicht nur 0,3 Beitragssatzpunkte mehr bezahlen sondern auch noch bis zu 2% seines sozialversicherungspflichtigen Einkommens.

Was daran gerecht ist bleibt Ihr Geheimnis.

Tatsache ist, dass jemand mit 1500 € Brutto erst mal 4,50 € Beitragserhöhung und bis zu 30 € kleine Kopfpauschale bezahlen muss. Zusammen mit dem bisherigen Beitrag sind das 158 € im Monat statt 118,50 €. Das sind künftig 10,53% vom Einkommen statt bisher 7,9%

Das ist mehr als dreist!

Mit Ihrem Offenbarungseid kürzen Sie die Einkommen bei RentnerInnen, Auszubildenden, Studierenden, Niedrigverdienenden und bei mittleren Einkommen.

**Versprochen war:****die Starken Schultern sollen mehr tragen als die Schwachen.****Für CSU ist soziale Gerechtigkeit ein Markenzeichen**

Das Gegenteil ist der Fall:

Bei einer Kopfpauschale von 30 € im Monat zahlt  
jemand

mit einem Einkommen von 1500 € wie bereits gesagt: 10,53% seines Einkommens

Mit einem Einkommen von 3000 € - 9,2 % seines Einkommens

Mit einem Einkommen von 3750 € - 9 % seines Einkommens

Und bei einem Einkommen von 5000 € - 6,15% seines Einkommens

Sie vergrößern die Ungerechtigkeit anstatt sie zu verkleinern.

Die CSU sollte das „S“ schleunigst aus dem Parteinamen entfernen.

**Über alle Kanäle wurde heute „gefunkt“: Niemand wird überfordert.**

Ich weiß nicht in welcher Welt Sie leben - aber eine Zusatzbelastung von bis zu 34,50 € bei einem Einkommen von 1500 € ist eine Zumutung!

**Versprochen war:**

**Ein automatischer Sozialausgleich aus Steuermitteln**

**Herausgekommen ist ein Almosen, das mit der Gießkanne verteilt wird.**

Am Anfang geht's in der Tat mit niedrigen Kopfpauschalen los und das Ausgleichsvolumen ist niedrig. Da Sie aber auf der Ausgabenseite deutlich unter den Einsparmöglichkeiten bleiben, steigen die Ausgaben von Jahr zu Jahr und damit die Zusatzbelastung der Versicherten und damit das Volumen der Almosen. Zusätzliche Steuern und damit eine zusätzliche Belastung der Besserverdienenden soll es nicht geben - also muss an anderer Stelle gespart werden. Und wo das sein wird, wissen wir spätestens seit ihrem Wachstumsverhinderungsgesetz und ihrem unsozialen Sparprogramm.

Gemäß ihrer Eckpunkte soll ein Ausgleich erfolgen, wenn die fiktive Kopfpauschale 2% des Einkommens übersteigt - unabhängig davon wie hoch die Kopfpauschale bei der Kasse des Kassenmitgliedes ist.

Fakt ist: zuerst müssen alle mehr bezahlen - in Form von Beitragserhöhung und Kopfpauschale. Wer in einer teureren Kasse ist zahlt drauf - wer in einer billigeren Kasse ist bekommt auch ohne Überforderung einen Ausgleich.

Das ist kein Sozialausgleich sondern eine Wechselprämie!

Und was ist das für eine Entlastung für jemanden mit einem Einkommen von 1500 €, wenn er bzw. Sie 1 € Sozialausgleich bekommt und von den 31 € Kopfpauschale aber 30 € selbst bezahlen muss?

**Versprochen war: Bürokratieabbau - es kommt Bürokratieaufbau**

Durch die Verlagerung der Rückerstattung auf die Arbeitgeberseite, müssen erst mal alle Arbeitgeber viel Geld in die Hand nehmen, um ihre Lohn- und

Gehaltsabrechnungsprogramme anpassen zu lassen. Das ist ein Konjunkturprogramm für Softwarehäuser.

Aber was ist, wenn nicht nur eine Stelle Lohn und Gehalt bzw. Rente zahlt?

Was ist mit der Witwe, die ihre eigene Rente und die Hinterbliebenrente ihres Mannes bezieht? Das sind heute 2 Rentenkonten.

Was ist, wenn sie auch noch eine oder mehrere betriebliche Renten bezieht? Wer verrechnet dann was? Was ist mit dem Datenschutz nu zusätzlicher Bürokratie durch aufwändige Meldeverfahren?

Das betrifft eine wachsende Zahl von Versicherten. Laut letztem

Rentenversicherungsbericht waren es 4,4 Millionen RentnerInnen mit mehr als einer Rentenzahlung. Hinzu kommen Zahlungen aus Zusatzversorgungssystemen.

20 % aller Rentnerinnen und Rentner sind keine Seltenheit, so wie Sie es Herr Rösler heute morgen im Ausschuss gesagt haben.

**Versprochen war: das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages - jetzt wir erst einmal erhöht!**

Dann wollen Sie aber dauerhaft einfrieren. Damit bleiben die Versicherten mit allen künftigen Ausgabensteigerungen allein und müssen einen immer größer werdenden Anteil ihres Einkommens für ihre Krankenversicherung aufwenden.

**Versprochen war: Es gibt keine Tabus bei den Ausgaben**

Die Apotheker haben Sie vorsichtshalber schon mal ausgenommen.

Ärzte müssen sich mit niedrigeren Zuwächsen begnügen - aber haben noch welche.

Pharmahersteller dürfen im ersten Jahr nach Zulassung weiterhin Mondpreise zulasten der Kassen abrechnen.

Und die Versicherten müssen das mit steigenden Kopfpauschalen finanzieren.

### **Was bleibt unter dem Strich?**

Ein Wortbruch folgt dem nächsten.

Seehofer bekommt eine Kopfpauschale, die er nicht wollte.

Rösler bekommt eine Kopfpauschale ohne Sozialausgleich.

Die Versicherten bekommen weniger Netto vom Brutto.

Die Klientel der schwarz-gelben Koalition freut sich über Schonung.

Die Arbeitgeber zahlen erst mal mehr und haben zusätzlichen Bürokratieaufwand.

Ihre Reform ist ungerecht- intransparent und kompliziert.

Das einzig Gute daran ist: diese unsoziale Klientelpolitik kann man abwählen: bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr und bei der nächsten Bundestagswahl.

<b>Rösler's Versprechen:</b>	
Der Bundesgesundheitsminister hat versprochen:	... und das wurde gehalten:
<p><b>24.10.09 – HAMBURGER ABENDBLATT</b>          „Wir haben den Grundstein für ein robustes Gesundheitssystem gelegt. Wir sind fest davon überzeugt, dass unser <b>Gesundheitssystem besser</b> wird, aber <b>definitiv nicht teurer....</b>  <b>Die Versicherten werden keine höheren Beiträge zahlen"</b>          ...Wir beschreiten den Weg in ein robustes Gesundheitssystem, das nicht mehr alle zwei bis drei Jahre reformiert werden muss. <b>Das System wird besser, ohne teurer zu werden.</b> Wir gehen davon aus, dass die Versicherten <b>keine höheren Beiträge</b> zahlen werden, als das heute der Fall ist.</p>	<p>Es gibt <b>keinerlei Verbesserungen bei den Leistungen.</b>          Es gibt <b>keinerlei strukturelle Verbesserungen bei den Einnahmen</b> der GKV.          Dafür wird es teurer, die Beiträge steigen:          Für <b>Arbeitgeber</b> von <b>7,0% auf 7,3%</b>          Für <b>Versicherte</b> von <b>7,9% auf 8,2%</b>.          Die <b>Versicherten</b> zahlen <b>höhere Zusatzbeiträge</b>, bei ihrer jeweiligen Kasse <b>ohne Obergrenze! Alle künftigen Kostensteigerungen zahlen nur noch die Versicherten über die Zusatzbeiträge.</b></p>
<p><b>26.11.09 Die Zeit</b>  <b>ZEIT:</b> Was geschieht noch in dieser Wahlperiode?  <b>Rösler:</b> Das hängt erstens von den Möglichkeiten des Finanzministers ab, einen Steuerzuschuss zu finanzieren. Zweitens davon, wie man den Sozialausgleich gestaltet, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, einen großen Teil der Pflichtmitglieder der <b>Sozialversicherung zu Bittstellern</b> zu machen. Folglich braucht man einen <b>automatischen Sozialausgleich</b>, den <b>niemand extra beantragen muss.</b></p>	<p>Es gibt <b>keinen Sozialausgleich</b>, der diesen Namen verdient. Erst wenn die künftige durchschnittliche Kopfpauschale aller Kassen 2% des Einkommens des Versicherten übersteigt, gibt es ein paar Euro Nachlass, und zwar unabhängig von der tatsächlich gezahlten Kopfpauschale. Bei teuren Kassen werden auch deutlich <b>höhere Kopfpauschalen nicht</b> ausgeglichen.</p>

<b>Röslers Versprechen:</b>	
Der Bundesgesundheitsminister hat versprochen:	... und das wurde gehalten:
<p><b>27.11.09 - WELT ONLINE</b>      „...Die Menschen haben das Gefühl, dass es nach den bisherigen Reformen immer teurer geworden ist, aber nicht immer besser.      ...Ich denke, es wird nur einige Krankenkassen geben, die womöglich im nächsten Jahr Zusatzbeiträge nehmen könnten.      ...Es wird <b>keine Prämie ohne Sozialausgleich</b> geben.      Niemand wird finanziell überfordert.</p>	<p>Gerade Menschen mit geringen Einkommen zahlen nicht nur <b>höhere Beiträge, sie müssen auch viel höhere Zusatzbeiträge</b> tragen.</p>
<p><b>29.11.09 – DEUTSCHLANDFUNK</b></p> <p>...Denn jetzt ist es so, dass die Krankenversicherung als solidarische Versicherung nicht nur den Ausgleich schafft der Gesunden zu den Kranken, wo die Gesunden also den Kranken helfen, sondern es gibt auch noch einen Ausgleich zwischen arm und reich, den wir ausdrücklich auch immer haben müssen in unserer Gesellschaft, aber eben <b>nicht im Kranken-versicherungssystem, sondern im Steuersystem....</b></p> <p>...Zunächst einmal wollen wir alle gemeinsam - CDU, CSU und FDP - die <b>Steuern senken</b> mit dem Ziel, dadurch Wachstumsimpulse zu geben, um so insgesamt im Ergebnis zu mehr Steuereinnahmen zu kommen, indem wir eben die Steuersätze dann auch tatsächlich senken. Das ist das Ziel.  <b>Die Menschen müssen entlastet werden.</b></p>	<p><b>Außer vergleichsweise niedrigen Zuschüssen (bis 2014 unter 1 Mrd.) gibt es keinen Sozialausgleich aus dem Steuersystem.</b></p> <p><b>Es gibt keine Steuersenkung.</b></p> <p><b>Die Menschen werden mit deutlich höheren Beiträgen belastet.</b></p>

<b>Rösler's Versprechen:</b>	
Der Bundesgesundheitsminister hat versprochen:	... und das wurde gehalten:
<p><b>19.12.09 – FOCUS ONLINE</b>  Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) hat Forderungen aus der CDU nach einer höheren Grenze für Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung klar abgelehnt. <b>„Die Ein-Prozent-Klausel wird bleiben“</b>, sagte er dem „Tagesspiegel am Sonntag“.</p> <p>...Rösler <b>schließt</b> bei der geplanten Gesundheitsreform <b>Leistungs-kürzungen</b> für die gesetzlich Krankenversicherten <b>aus</b>.</p> <p>„...Allein den Deckel anzuheben, bringt keine Lösung.“ Es gehe darum, für 70 Millionen gesetzlich Versicherte „ein vernünftiges, faires System“ hinzubekommen. <b>„Daher ist es falsch, die Zusatzbeiträge ohne Sozialausgleich zu erhöhen.“</b></p>	<p><b>Die Ein Prozent Klausel und die „acht Euro Regel“ werden völlig gestrichen, Zusatzbeiträge müssen in jeder Höhe selbst getragen werden, bei teuren Kassen können auch 2% des Einkommens weit überschritten werden. Zusatzbeiträge gibt es nur noch als Pauschale</b></p> <p><b>Rösler hat vorgeschlagen, dass die Kassen für selbstverschuldete Autounfälle nicht mehr zahlen sollen. (2.7.2010; Welt)</b></p>
<p><b>20.12.09 – ZEIT ONLINE (Erschienen im Tagesspiegel vom 21.12. 2009)</b>  ...„Mit <b>45 ist für mich Schluss</b> in der Politik...  ...Im Koalitionsvertrag steht, dass wir das System nur auf <b>Grundlage des bestehenden Leistungskatalogs</b> ändern. Wir wollen keine Leistungen streichen....</p>	<p>...</p> <p>Rösler hat vorgeschlagen, dass <b>die Kassen für selbstverschuldete Autounfälle nicht mehr zahlen sollen. (2.7.2010; Welt)</b></p>

<b>Röslers Versprechen:</b>	
Der Bundesgesundheitsminister hat versprochen:	... und das wurde gehalten:
<p><b>28.01.10 –BILD.de</b>        „... In der <b>jetzigen Form sind die Zusatzbeiträge unsozial.</b>        ... bis <b>8 Euro im Monat findet kein Sozialausgleich</b> statt.        Ob Gering- oder Gutverdiener, alle zahlen dieselbe Summe.        Das <b>empfinden die Menschen als ungerecht...</b>        ...Wir werden die Reform so gestalten, dass kein Versicherter überfordert wird.</p>	<p>Künftig findet <b>überhaupt kein Sozialausgleich</b> mehr statt, der diesen Namen verdient. Erst wenn die <b>durchschnittliche Kopfpauschale aller Kassen einen Wert von 2% der Rente oder des Arbeitseinkommens übersteigt, gibt es bei kleinen Einkommen ein paar Euro Nachlass.</b> Bei teuren Kassen müssen auch <b>Niedrigverdiener die Kopfpauschale in jeder Höhe zahlen.</b></p>
<p><b>30.01.2010 – FOCUS ONLINE</b>        „...Wir wollen den Einstieg in ein robustes Gesundheitssystem schaffen.        ...Zum notwendigen Gesamtpaket gehört für uns aber <b>vor allem auch die Ausgabenseite</b> dazu. Hier stellen wir <b>alles auf den Prüfstand...</b></p>	<p><b>Apotheker werden von jedem Sparbeitrag verschont.</b>   <b>Was bei den großen Pharmaherstellern eingespart wird, soll bei den Rabattverträgen zu preiswerten Nachahmer Präparaten wieder verschleudert werden.</b></p>

<b>Rösler's Versprechen:</b>	
Der Bundesgesundheitsminister hat versprochen:	... und das wurde gehalten:
<p><b>17.04.2010 – RP ONLINE</b>          „...muss der Einheitsbeitrag erst erhöht werden, wenn der Gesundheitsfonds zwei Jahre hintereinander nur zu 95 Prozent gefüllt ist. Davon sind <b>wir weit entfernt...</b>          ...Wir <b>schließen aus, dass in diesem Jahr der Gesamtbeitrag erhöht</b> wird. Alles weitere ist Sache der <b>Regierungskommission</b>. Aber in unserem Modell kann der Einheitsbeitrag sogar sinken...          ...Wir wollen die Bürger <b>entlasten</b> und nicht stärker belasten.</p>	<p><b>Die Regierungskommission aus acht Ministern wurde vom Pressesprecher des BMG beerdigt.</b></p> <p><b>Das erste Rösler Modell wurde vom bayerischen Ministerpräsidenten beerdigt.</b></p> <p><b>Der Einheitsbeitrag steigt. Die Zusatzbeiträge steigen und werden zur Kopfpauschale.</b></p>
<p><b>ARD Talkshow „Beckmann“, 01.02.2010</b>          „...Wenn es mir nicht gelingt, ein vernünftiges Gesundheitssystem auf den Weg zu bringen, dann <b>will mich keiner mehr als Gesundheitsminister haben</b>. Davon gehe ich fest aus...“</p>	<p><b>...und nun? Ist es soweit!</b></p>

### **Mehrbelastung der Versicherten statt Sozialausgleich**

Das Bundesversicherungsamt (BVA) ermittelt jährlich eine fiktive monatliche Kopfpauschale. Diese ergibt sich wie folgt:  $(\text{Einnahmen} - \text{Ausgaben}) : \text{Anzahl der GKV-Mitglieder} : 12$

Die Kassen legen die Höhe Ihrer Kopfpauschale eigenständig fest. Dafür gibt es keine Begrenzung - die 1%-Grenze entfällt.

Übersteigt die kassenindividuelle Kopfpauschale die vom BVA festgesetzte fiktive Kopfpauschale ist die Differenz vom Versicherten selbst zu tragen.

Übersteigt die fiktive Kopfpauschale 2% des sozialversicherungspflichtigen Einkommens wird die Differenz zwischen 2 % des Einkommens und der fiktiven Kopfpauschale über den Arbeitgeber/Rentenversicherungsträger an den Versicherten erstattet. Der Arbeitgeber führt dann entsprechend weniger an die Krankenversicherung ab, der Gesundheitsfonds erhält entsprechend weniger Mittel. Dies soll dann aus Steuermitteln ausgeglichen werden. Bizarrr ist, dass auch diejenigen eine Erstattung erhalten, deren kassenindividuelle Kopfpauschale unter der fiktiven Kopfpauschale liegt. Es handelt sich also nicht um einen Ausgleich für eine Überforderung oder gar einen Sozialausgleich sondern um eine Wechselprämie. (Rösler im Ausschuss am 7.7.2010 sinngemäß: damit wird der Wettbewerb zwischen den Kassen gestärkt).

**Beispiele:**

Kasse A Kopfpauschale 20 € - fiktive Kopfpauschale 15 €

Ein- kommen	2%- Grenze	Kopf- pauschale Kasse A	Beitrag 8,2 %	„Sozial- ausgleich“ Kasse A	Gesamt- beitrag	In % des Ein- kommens
500,00 €	10 €	20,00 €	41,00 €	5,00 €	56,00 €	11,20
1000,00 €	20 €	20,00 €	82,00 €	0,00 €	102,00 €	10,20
1500,00 €	30 €	20,00 €	123,00 €	0,00 €	143,00 €	9,53
2000,00 €	40 €	20,00 €	164,00 €	0,00 €	184,00 €	9,20
2500,00 €	50 €	20,00 €	205,00 €	0,00 €	225,00 €	9,00
3000,00 €	60 €	20,00 €	246,00 €	0,00 €	266,00 €	8,87
3750,00 €	75 €	20,00 €	307,50 €	0,00 €	327,50 €	8,73
5000,00 €	100 €	20,00 €	307,50 €	0,00 €	327,50 €	6,55

Kasse A Kopfpauschale 40 € - Fiktive Kopfpauschale 30 €

Ein- kommen	2%- Grenze	Kopf- pauschale Kasse A	Beitrag 8,2 %	„Sozial- ausgleich“ Kasse A	Gesamt- beitrag	In % des Ein- kommens
500,00 €	10 €	40,00 €	41,00 €	20,00 €	61,00 €	12,20
1000,00 €	20 €	40,00 €	82,00 €	10,00 €	112,00 €	11,20
1500,00 €	30 €	40,00 €	123,00 €	0,00 €	163,00 €	10,87
2000,00 €	40 €	40,00 €	164,00 €	0,00 €	204,00 €	10,20
2500,00 €	50 €	40,00 €	205,00 €	0,00 €	245,00 €	9,80
3000,00 €	60 €	40,00 €	246,00 €	0,00 €	286,00 €	9,53
3750,00 €	75 €	40,00 €	307,50 €	0,00 €	347,50 €	9,27
5000,00 €	100 €	40,00 €	307,50 €	0,00 €	347,50 €	6,95

## Kasse B Kopfpauschale 15 € - fiktive Kopfpauschale 15 €

Ein- kommen	2%- Grenze	Kopf- pauschale Kasse B	Beitrag 8,2 %	„Sozial- ausgleich“ Kasse B	Gesamt- beitrag	In % des Ein- kommens
500,00 €	10 €	15,00 €	41,00 €	5,00 €	51,00 €	10,20
1000,00 €	20 €	15,00 €	82,00 €	0,00 €	97,00 €	9,70
1500,00 €	30 €	15,00 €	123,00 €	0,00 €	138,00 €	9,20
2000,00 €	40 €	15,00 €	164,00 €	0,00 €	179,00 €	8,95
2500,00 €	50 €	15,00 €	205,00 €	0,00 €	220,00 €	8,80
3000,00 €	60 €	15,00 €	246,00 €	0,00 €	261,00 €	8,70
3750 €	75 €	15,00 €	307,50 €	0,00 €	322,50 €	8,60
5000,00 €	100 €	15,00 €	307,50 €	0,00 €	322,50 €	6,45

## Kasse B Kopfpauschale 30 € - Fiktive Kopfpauschale 30 €

Ein- kommen	2%- Grenze	Kopf- pauschale Kasse A	Beitrag 8,2 %	„Sozial- ausgleich“ Kasse A	Gesamt- beitrag	In % des Ein- kommens
500,00 €	10 €	30,00 €	41,00 €	20,00 €	51,00 €	10,20
1000,00 €	20 €	30,00 €	82,00 €	10,00 €	102,00 €	10,20
1500,00 €	30 €	30,00 €	123,00 €	0,00 €	153,00 €	10,20
2000,00 €	40 €	30,00 €	164,00 €	0,00 €	194,00 €	9,70
2500,00 €	50 €	30,00 €	205,00 €	0,00 €	235,00 €	9,40
3000,00 €	60 €	30,00 €	246,00 €	0,00 €	276,00 €	9,20
3750,00 €	75 €	30,00 €	307,50 €	0,00 €	337,50 €	9,00
5000,00 €	100 €	30,00 €	307,50 €	0,00 €	337,50 €	6,75

Beispiel Kasse C Kopfpauschale 10 € - fiktive Kopfpauschale 15 €

Ein- kommen	2%- Grenze	Kopf- pauschale Kasse C	Beitrag 8,2 %	„Sozial- ausgleich“ Kasse C	Gesamt- beitrag	In % des Ein- kommens
500,00 €	10 €	10,00 €	41,00 €	5,00 €	46,00 €	9,20
1000,00 €	20 €	10,00 €	82,00 €	5,00 €	87,00 €	8,70
1500,00 €	30 €	10,00 €	123,00 €	5,00 €	128,00 €	8,53
2000,00 €	40 €	10,00 €	164,00 €	5,00 €	169,00 €	8,45
2500,00 €	50 €	10,00 €	205,00 €	5,00 €	210,00 €	8,40
3000,00 €	60 €	10,00 €	246,00 €	5,00 €	251,00 €	8,37
3750 €	75 €	10,00 €	307,50 €	5,00 €	312,50 €	8,33
5000,00 €	100 €	10,00 €	307,50 €	5,00 €	312,50 €	6,25

Kasse C Kopfpauschale 20 € - Fiktive Kopfpauschale 30 €

Ein- kommen	2%- Grenze	Kopf- pauschale Kasse A	Beitrag 8,2 %	„Sozial- ausgleich“ Kasse A	Gesamt- beitrag	In % des Ein- kommens
500,00 €	10 €	20,00 €	41,00 €	10,00 €	51,00 €	10,20
1000,00 €	20 €	20,00 €	82,00 €	10,00 €	92,00 €	9,20
1500,00 €	30 €	20,00 €	123,00 €	10,00 €	133,00 €	8,87
2000,00 €	40 €	20,00 €	164,00 €	10,00 €	174,00 €	8,70
2500,00 €	50 €	20,00 €	205,00 €	10,00 €	215,00 €	8,60
3000,00 €	60 €	20,00 €	246,00 €	10,00 €	256,00 €	8,53
3750,00 €	75 €	20,00 €	307,50 €	10,00 €	317,50 €	8,47
5000,00 €	100 €	20,00 €	307,50 €	10,00 €	317,50 €	6,35

Fazit:

Versprochen war mehr Netto vom Brutto - herausgekommen ist weniger Netto vom Brutto und die Aufgabe des Prinzips der solidarischen Finanzierung.

Alle zahlen mehr als bisher.

Untere Einkommen werden stärker belastet als höhere Einkommen. Die untersten Einkommen zahlen mindestens 10,2% ihres Einkommens für ihre Krankenversicherung.

Für die meisten Rentnerinnen und Rentner bedeutet diese Regelung eine drastische Rentenkürzung um 2,3%.

Wer in einer Kasse versichert ist, deren kassenindividuelle Kopfpauschale höher ist als die fiktive Kopfpauschale und wenig Einkommen hat, zahlt mehr als 10,2 % seines Einkommens.

Betrachtet werden nur sozialversicherungspflichtige Einkünfte.

Das ist weniger statt mehr Solidarität.

Aus welchen zusätzlichen Steuern oder Einsparungen im Bundeshaushalt der stetig wachsende Steuerzuschuss finanziert werden soll ist völlig unklar.

Arbeitgeber, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Bundesagentur für Arbeit müssen einen erheblichen bürokratischen Aufwand betreiben, um die Beitragsreduzierung zu administrieren.

Die Kassen müssen einen großen bürokratischen Aufwand betreiben, um die Kopfpauschale zu administrieren und einzutreiben.

Kassen mit vielen Einkommensschwachen Mitgliedern sind im Nachteil, weil es bei der Kopfpauschale keinen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kassen gibt.

Die Beitragsbasis ist alles andere als zukunftsfähig. Bis es zu Leistungsausgliederungen kommen wird ist nur noch eine Frage der Zeit.

Das Modell ist sozial ungerecht, belastet die unteren Einkommen stärker als die höheren Einkommen, die Lasten für die Versicherten steigen jedes Jahr mehr, die Arbeitgeber bleiben bei künftigen Kostensteigerungen außen vor, die Private Krankenversicherung behält ihre Privilegien.

Auf der Ausgabenseite ist die schwarz-gelbe Koalition weit hinter den Möglichkeiten zurück geblieben und schont wie gewohnt ihr Klientel.